An das

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit,
Arbeitsgruppe S III 2, Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Hiermit nehme ich zum Entwurf für ein „Programm für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle (Nationales Entsorgungsprogramm – NaPro)“ wie folgt Stellung:

Im Entwurf des Nationalen Entsorgungsprogramms werden die ungelösten Fragen und vorhandenen Probleme im Umgang mit den radioaktiven Abfällen weitgehend ausgeblendet. Leckende Atommüllfässer kommen ebenso wenig vor wie Brennelemente-Zwischenlager ohne Genehmigung. Es wird keine Abwägung verschiedener Konzepte und Alternativen beim Umgang mit den radioaktiven Abfällen durchgeführt.

Ich fordere:

Dem Schutz vor radioaktiver Strahlung muss oberste Priorität eingeräumt werden. Es muss ein umfassendes Konzept für den gesamten vorhandenen und künftig anfallenden Atommüll entwickelt werden, das die vorhandenen Probleme beschreibt, anstatt sie zu ignorieren.

Dazu fordere ich im Einzelnen:

- Sofort ein Standortauswahlverfahren für die tiefegeologische Lagerung aller schwach- und mittelradioaktiver Abfälle einzuleiten und nicht erst in den 2050er Jahren damit zu beginnen.
- Den Plan aufzugeben, in das alte, marode und ungeeignete Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD Atommüll einzulagern.
- Die vollständige Rückholung der Abfälle aus ASSE II zu beschleunigen und ein tragfähiges Konzept für den Umgang mit den rückgeholtten Abfällen zu erstellen.
- Ein Gesamtkonzept für die verlängerte Zwischenlagerung zu erstellen, angepasst an die längere Lagerungsdauer, erhöhten Sicherheitsanforderungen und sich verschärfenden Bedrohungslagen.
- Keine Zwischenlagerung ohne Genehmigung, auch nicht in Jülich und Brunsbüttel.
- Die Freigabe niedrig strahlender Materialien aus Atomanlagen und die unkontrollierte Verteilung gering strahlender Abfälle zu beenden.
- Die Atomfabriken in Lingen und Gronau sofort zu schließen, um keinen weiteren Atommüll zu produzieren und den Im- und Export von Uran zu beenden.
- Im Rahmen der Standortauswahlverfahren und der Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Zwischenlagerung ist die Öffentlichkeit zu beteiligen und mit entscheidungsrelevanten Rechten und ausreichenden Ressourcen auszustatten.
- Stellungnahmen zum Nationalen Entsorgungsprogramm zukünftig in regionalen öffentlichen Veranstaltungen vor der Einreichung des Programms bei der EU zu erörtern.